

# Die Sache mit dem 20. August

## Überlegungen zur Großkundgebung

von Randy David

**Es ist angemessen, am Jahrestag seiner Ermordung dessen zu gedenken, wofür Ninoy Aquino eintrat. Eine Demonstration gegen die Änderung der Verfassung auf diesen Tag zu legen, scheint allerdings eine etwas verqueren Art zu sein, an sein politisches Martyrium zu erinnern.**

Eine Verfassung gehört den Lebenden. Sie skizziert das sich im Fluß befindliche Verhältnis einer Generation zur Welt und ihre Auffassung, wie Aufgaben anzugehen seien. Aus genau diesem Grund hatte Jefferson anempfohlen, alle 20 Jahre eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, damit jede Generation ihre eigene Verfassung formulieren könne.

Die Pro-Demokratie-Demonstration am 20. August ist eine wichtige Veranstaltung, die man nicht übersehen darf. Eine Demonstration kommt der Ausübung direkter Demokratie am nächsten. Als Gegenstück zu politischer Apathie und Mitläufertum ist einer Demonstration nichts vergleichbar. Sie ist eine große Ausgleicherin. Bei genauer Betrachtung nivelliert sie die Unterschiede zwischen den Teilnehmenden, wenn auch nur für den Moment.

Und dennoch ist eine Großkundgebung nicht der angemessene Ort für Debatten oder vernünftige Diskussionen. Und die Themen, die die Initiatoren diesmal gewählt haben sind komplex, nicht lösbar durch eine Demonstration.

### Pressefreiheit

Der erste Punkt, die Bedrohung der Pressefreiheit, betrifft zwei Blätter. Eines davon hat sich entschieden, zu verkaufen, das zweite bleibt davon zunächst unberührt und startet einen Kreuzzug, die Pressefreiheit zu verteidigen. Die meisten der anderen Zeitungen scheinen die Einschätzung nicht zu teilen, daß die Pressefreiheit überhaupt gefährdet sei. Wenn ein Präsident seine Unterstützer bittet, der Zeitung, die ihn angegriffen hat, nicht mehr unter die Arme zu greifen, dann

ist es fraglich, ob hier die Pressefreiheit bedroht wird. Man könnte doch annehmen, die Presse selber würde die erste Verteidigungslinie schließen wollen. Kann es ausschließlich Opportunismus sein, der die anderen Herausgeber davon abhält, dem Aufruf des Inquirer zu folgen?

Natürlich wünschen wir uns, daß Präsidenten und andere Machthaber nicht gleich Verleumdungsklagen anstrengen und sich mit Zeitungen streiten. Die sozialen Vorteile, die eine spitzzüngige Presse mit sich bringt, wie eine durchschaubare und zuverlässige Regierung, überwiegen bei weitem die Nachteile der einen oder anderen persönlichen Verletzung, die Inhaber von öffentlichen Ämtern verspüren mögen.

*Der Artikel erschien im Philippine Daily Inquirer, 15.08.1999. Übersetzung von Katharina Stahlenbrecher.*

— Anzeige —

philippinen aktuell



IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Mit dem Nachrichtenüberblick  
philippinen aktuell.

Thematisch sortiert und original aus philippinischen Tageszeitungen. Jeden Monat die neuesten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Ihrem Briefkasten.

Ich möchte philippinen aktuell regelmäßig beziehen:

- ( ) Jahresabonnement DM 60,-  
( ) Halbjahresabonnement DM 32,-

Das Abo verlängert sich automatisch um den Bestellzeitraum, wenn es nicht eine Woche nach Erhalt der letzten Ausgabe gekündigt wird.

Ich möchte philippinen aktuell testen.

- ( ) Blind Date-Abo (1 Ausg.) DM 5,-

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch. Dem Ansichtsexemplar wird ein Bestellschein beigelegt, der im günstigen Falle ausgefüllt und unterschrieben an das philippinenbüro zurückgeschickt werden kann. Wir bitten, dieser Bestellung 5,- DM in Briefmarken beizulegen.

Name und Adresse:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Datum Unterschrift

Den Bestellabschnitt  
bitte senden an:  
philippinenbüro e.V.,  
Bullmannaue 11  
45327 Essen  
Tel: 0201/8303828  
Fax: 0201/8303830

## Nicht vergleichbar

Aber Machthaber haben unterschiedliche Toleranzschwellen für Kritik. Manche stehen darüber während andere, wie Präsident Estrada, bestimmte Berichterstattungen als direkten Angriff auf seine Person werten.

Ich glaube, daß im allgemeinen die philippinischen Präsidenten immer besser mit der Presse zurecht kommen und die Presse selber lernt, mit neuen PräsidentInnen respektvoller umzugehen.

Aber den Umgang Estradas mit der Presse dem von Marcos gleichzusetzen, heißt sich in Überreibungen zu suhlen.

Marcos schob allen Medien, mit Ausnahme derer, die er direkt kontrollierte, einen Riegel vor. China Rocas hatte recht daran getan, die Times nicht zu publizieren, denn damit wäre die Idee »Zeitung« verspottet worden. Das ist aber nicht mit unserer heutigen Situation vergleichbar. Die Gokongweis haben die Zeitung verkauft; sie wurde ihnen nicht abgenommen. Der Inquirer hat Einbußen, weil sich Anzeigenkunden zurückziehen, aber, zu seiner Ehre, es bleibt ein ungebeugtes, hartes Nachrichtenblatt. Jedesmal »Pressefreiheit« zu wimmern, wenn man sich im Krieg mit einem Präsidenten befindet heißt, das Konzept zu beschneiden und es in einem Ernstfall nur noch geschwächt vorzufinden.

## Günstlingswirtschaft

Der zweite Punkt, der am 20. August benannt werden soll ist die Günstlingswirtschaft. Ein wichtiges Thema. Vor der Rückkehr der Günstlingswirtschaft zu warnen hieße, voraus zu setzen, daß sie jemals verschwunden war. Es gab sie aber während aller Regierungen, auch denen von Aquino und Ramos. Die Definition eines Günstlings als jemand, der auf einer bestimmten Gehaltsliste steht oder dessen Geschäft mit öffentlichen Geldern über Wasser gehalten werden, ist zu eng.

Ein Günstling ist jede Person, die Vorteile für ihre Geschäfte oder egal welche Form von wirtschaftlicher Betätigung allein dadurch erhält, daß sie Machthabern nahe steht. In unserer Gesellschaft sind Günstlinge die-

jenigen, die hohe Summen in die Wahlen von Öffentlichen Ämtern investieren. Im Gegenzug rechnen sich diese Investitionen durch die enorme Willkür, die in der Kontrolle der Regierung über die Geschäftswelt herrscht.

Um Günstlingswirtschaft zu bekämpfen müssen die Bande, die die Geschäftswelt an die Politik binden, zerschlagen werden. Wir können einen Anfang wagen, indem wir die Wahlen billiger machen und somit

## Selbstrespekt

Ich kann die Sicht der Regierung nicht teilen, daß die Verfassungsänderung schnell über die Bühne gebracht werden soll. Ich habe aber auch keine solche Furcht vor Schritten, sie in Zukunft zu ändern, daß ich jede Diskussion darüber verweigern müsste. Die Pressefreiheit in unserem Land bereitet auch mir Sorgen. Natürlich kann ich es nicht will-



aus: FEER v. 9.9.1999, S. 16

30. August 1999: Estrada trifft die Initiatoren der Demonstration

weniger abhängig von den Großspendern. In unserem Land haben wir Gesetze, die besagen daß alle Spenden und ihre Quellen offengelegt werden müssen. Aber diese Gesetze werden, wie unsere Steuergesetze, eben nicht umgesetzt. Wir müssen den Willen aufbringen, das zu tun.

## Größere Übel

Vielleicht ist der eigentliche Skandal nicht Günstlingswirtschaft, sondern die Schamlosigkeit, mit der sich Träger öffentlicher Ämter bereichern und ungestraft davon kommen. Das demoralisiert die Menschen. Wir haben Gesetze, die den Staat in die Lage versetzen, illegal erworbene und unerklärte Reichtümer zu konfiszieren. In den letzten 13 Jahre unter drei Präsidenten aber waren wir unfähig, die Marcoses zu Aussagen allein über die Schweizer Konten zu bewegen. Das hat Zweifel aufkommen lassen in unsere Lösungen, wie unehrliche Machthaber zu bestrafen sind.

kommen heißen, wenn der Präsident sich ständig über den Stil des Inquirers pikiert, wenn daraus ein Boykott der Anzeigenkunden erwächst. Aber ich kann in diesem Falle keinen Angriff auf die Pressefreiheit erkennen.

Was mich umtreibt ist die verblüffende Unfähigkeit, die Marcos Millionen aufzuspüren. Angesichts der entwürdigenden Armut unserer Bevölkerung spottet diese Unfähigkeit allem, wofür wir damals in EDSA standen.

Es wird Zeit, daß wir das veruntreute Vermögen des Marcos-Regimes entdecken, oder wir müssen einfach zugeben, daß der Februar 1986 ein Fehler war. Das ist eine Frage des nationalen Selbstbewußtseins. Wir können nicht hoffen, eine Verfassung zu schreiben oder die Pressefreiheit zu verteidigen, solange wir nicht anfangen, Selbstrespekt zu entwickeln.

Anm. d. Red.: Die Demonstration am 20. August wurde lt. PDI, 21. 08., in Manila von 70.000, landesweit von 160.000 Menschen besucht.